

# Dresdner Neueste Nachrichten

**Anzeigenpreise:** Grundpreis: bis 22 mm breite mm-Zeile im Einzelteil 14 Rpf., bis 79 mm breite mm-Zeile im Teiltell 1,10 RM. Rabat nach Stoffel D. Anzeigenpreisliste Nr. 3. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 30 Rpf. auschl. Porto. Für Einrückung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gebühr übernommen.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

**Bezugspreise:** Bei freier Zustellung ins Haus 2,00 RM. einchl. Transport monatlich. Halbmonatlich 1,00 RM. Postbezugspreis 2,00 RM. einchl. 43 Rpf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Streifenabhebungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

**Postadresse:** Dresden-A. 1. Dossack • Fernruf: Druckvertrieb Sammelnummer 24601, Fernvertrieb 14194, 20024, 27981-27983 • Teleg.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Vitoriastr. 1a; Fernruf: Kurfürst 9361-9366  
**Postfach:** Dresden 2060 - Nichterlangte Einlieferungen ohne Rückporto werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Leseger keine Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 7 / 43. Jahrgang ×

Mit der Beilage „Die Frau in der Gegenwart“

Mittwoch, 9. Januar 1935

## Beginn des großen Paßfälscher-Prozesses

Ein Abrüstungsprotokoll in Rom unterzeichnet? — Erhöhung des amerikanischen Wehretats — Greifers Besuch in Warschau

### Eine Verbrecherzentrale

Kommunisten vor dem Volksgericht

X Berlin, 8. Januar. (Durch Anrufdruck) Nach zweimaliger Vertagung begann am Dienstag vor dem 2. Senat des Volksgerichtshofs der mit Spannung erwartete Prozeß gegen die sieben Mitglieder und Mitarbeiter der großen kommunistischen Paßfälscherzentrale in Deutschland, die seit 1918 in großem Umfang ihr dunkles politisches Handwerk angedreht und zahlreichen Straftatbeständen verfallen, teils in kriminellen und politischen Verbrechern aus den Reihen der KPD, zur Flucht über die Grenze durch Auslieferung falscher Ausweispapiere verholten hat.

Als die Paßfälscherzentrale im November 1932 in ihren damaligen Geschäftsräumen in der Kollerallee im Berliner Westen angebrochen wurde, fand die Polizei ein riesiges Lager aller möglichen Fälscherwerkzeuge und Utensilien. Es wurden damals beschlagnahmt 2100 Stempel, 35 Pässe, 680 falsche Paßblätter, 807 Paßphotografien, 390 Urkunden, 777 Gebührentarifen, 37 Zentralkarten, 72 Quittungsfertigen, 30 Arbeitsbücher und Arbeitsbescheinigungen, 185 Jenaquise, 700 polizeiliche Formulare und 650 Briefbogen verschiedenster Firmen.

Die Aushebung des Büros bedeutete zwar einen schweren Schlag für die Organisation, doch noch keine Vernichtung, denn das Fälscherhandwerk wurde nun im Geheimen in den verschiedensten Räumen weiter betrieben, bis das verbrecherische Treiben nach der nationalen Erhebung im Mai 1933 endgültig unterbunden wurde.

Als Mitglieder dieser Fälscherorganisation haben sich jetzt vor dem Volksgerichtshof fünf Männer zu verantworten. Mitangeklagt sind zwei Helferinnen, die weniger belastet sind und sich daher zur Zeit des Verhandlungsbeginns auf freiem Fuß befinden.

Die Verhandlung, zu der etwa 30 Zuhörer geladen sind, wird voraussichtlich drei Tage dauern.

### Schikanen bei der Abstimmung

Deutsche Stimmen ungültig erklärt

Telegramm aus dem Saargebiet

12. Saarbrücken, 8. Januar

Die Verabstimmung im Saargebiet hat bereits zu Schwierigkeiten geführt. In Badungen und Weisloch wurden gestern von 32 Stimmen, die Beamte und ihre Frauen abgegeben haben, fünf für ungültig erklärt, weil die Abstimmenden, entgegen den Vorschriften der Abstimmungskommission, ihrer politischen Meinung Ausdruck gegeben haben sollen. Dazu wird auch das Geben des Armes zum Deutschen Reich gerechnet. Besonders hart wurde eine alte, bettlägerige Frau getroffen, die ins Stimmlokal gebracht wurde und dort nach Abgabe ihrer Stimme, offenbar aus Gefühl des Todes, äuferte: „Ich bin deutsch geboren und will deutsch werden.“ Darauf erklärte der Wahlvorstand ihre Stimme für ungültig. Der Kreisleiter von Badungen hat Beschwerde gegen diese Ungültigkeitserklärungen eingelegt. Es ihr Recht gegeben wird, ist bis jetzt noch nicht bekannt.

Da die Bestimmungen der Abstimmungsordnung von den neutralen Wahlvorständen mit aller Schärfe durchgesetzt werden, kann man die Stimmverrichtungen nicht eindringlich genug empfehlen, sich ganz genau an die Vorschriften zu halten. Wegen dieser Vorschriften bestehen auch noch allerlei Bedenken. So leuchtet der Sinn der Vorschrift nicht ein, daß zum Ankreuzen der Kreuze auf dem Stimmzettel nur ein schwarzer Schreibender Bleistift benutzt werden darf. Es ist dringend zu fordern, daß diese Bestimmungen noch abgeändert werden. Wie früher schon berichtet wurde, wollten die

Polizeibeamten und Wandhänger

keinen Gebrauch von ihrem Recht der vorzeitigen Stimmabgabe machen, sondern erst am Sonntag gemeinsam mit den anderen Volksgenossen abstimmen. Nun hat sie, aber der Direktor des Innern der Saarregierungs-Kommission, der Franzose Heimburger, dazu gezwungen, indem er ihnen vom

### Die ersten Stimmzettel an der Saar



Der Beginn der Abstimmung: Die ersten Abstimmenden im Stimmlokal Saarbrücken-Stadt. Der Stimmzettel wird dem Vorstehenden übergeben, der ihn in die Urne tut.



Der Landesleiter der Deutschen Front, Pirro, der Ortsgruppenleiter von St. Johann, Feunzer, und der stellvertretende Landesleiter Niekmann bei der gewöhnlichen Rundgebung in Saarbrücken.

12. bis 13. Januar ferkelt Diebstahlsregelung zum Zwecke der Ausübung ihres Stimmrechts gewährte. Eine genaue Beschäftigung der Wahllokale in Saarbrücken ergab, daß die beiden Umschläge, in die die benutzten Stimmzettel gelegt werden, so dünn sind, daß man

die Art der Stimmabgabe leicht erkennen kann,

wenn man diese Umschläge, die mit der Wahlnummer, dem Namen und der Anschrift versehen sind, gegen das Licht hält. Die Wechselseitigkeit der Abstimmung ist um so weniger garantiert, als in manchen Wahllokalen noch gar keine Wahlurnen vorhanden sind und die Umschläge einfach auf den Tisch gelegt werden. Auch die Frage, wo diese abgegebenen Stimmzettel bis zur Wahlung am nächsten Montag aufbewahrt werden, ist entgegen der ersten Annahme, daß sie auf die Rathhäuser der acht Kreisstädte kämen, noch nicht geklärt. Unter diesen Umständen haben die Sitzbahner von Bäcklingen beschloßen, sich am Sonntag im

Dienste so abzumildern, daß sie nicht vorzeitig abstimmen müssen. Die Bezirksbeamten in Saarbrücken wollen diesem Beispiel folgen.

### Jeder trägt die Saarplafette!

Die Reichspropagandaleitung der NSDAP teilt mit: In den Tagen bis einschließlich 12. Januar wird im gesamten Reichsgebiet die Saarabstimmungsplafette zum Preise von 20 Pf. ausgegeben. Es wurde bestimmt, daß der gesamte Beitrag ausschließlich zugunsten unserer Krieger an der Saar verwendet wird. Die Plafette selbst stellt die unverbrüchliche Verbundenheit der Saardeutschen mit den Volksgenossen des Reiches dar, die im Krauze deutschen Eigenlandes unter dem Motto: „Treue um Treue“ Hand in Hand aufzunehmen. Das gesamte deutsche Volk vereint seiner Teilnahme am Kampf der Brüder an der Saar dadurch Ausdruck, daß es die deutsche Saarabstimmungsplafette trägt.

### Die Ergebnisse von Rom

Eine zusammenfassende Würdigung der Ergebnisse von Rom dürfte am ehesten mit der Debatte beginnen, daß ein Ziel der Besprechungen erreicht und die politischen Streitpunkte zwischen Italien und Frankreich im Großen und Ganzen anerkannt werden konnten, daß daneben eine Revivierung der Beziehungen in Südosteuropa im Auslande der transjordanischen und italienischen Interessen — das zweite Ziel — nicht erreicht worden ist. Allerdings warier man auch in dieser Frage, die im Wesentlichen zu den afrikanischen Verhandlungen, in engerem und weiterem Sinne auch Deutschland betraf, mit formalen Verbindungen auf. Man weiß einen französisch-italienischen Konsultationspakt (sozialistischer Charakter) „pactum ad amicitiam“ vor und ein Testament mit der Empfehlung an die Regierungen und Reichspräsidenten Österreichs, einen Nichtteilnahmepakt abzuschließen. Ziemlich ist die Vereinbarung Italiens und Frankreichs, um bei allen Gelegenheiten, die Österreichs Unabhängigkeit betreffen, vor einer Entscheidung zu beraten, ein politisches Aktum. Man hat versucht, den Weltfrieden um den ausschlaggebenden Einfluß auf das „unabhängige“ Österreich durch eine freundschaftliche Beratung zu mildern, die dann erfolgen muß, wenn eine kritische Entscheidung gefaßt werden muß. Aber auch das bleibt im Grunde eine Abmachung in Rom. Eine Vereinbarung in der Sache selbst, die Italien in dem Sinne wünscht, daß ihm allein die Bestimmung der österreichischen Politik übertragen würde, bringt der Konventionen nicht.

Verachtet man „Fakt“ und „Empfehlung“ nicht, so erhalt sich eine Kette von Widersprüchen. Einmal will man beide Vereinbarungen mit dem Wunsch rechtfertigen, die „Unabhängigkeit“ Österreichs zu gewährleisten und zu schützen. Und scheint indes eine solche „Unabhängigkeit“ schon dadurch hinreichend charakterisiert zu sein, daß zwei andere Mächte sie zum Gegenstand ihrer „Monifikationen“ machen, ohne dabei ausdrücklich eine Beteiligung des „Schlichters“ selbst festzulegen.

Die Empfehlung, einen Nichtteilnahmepakt einzugehen, richtet sich u. a. an Ungarn, Tschechien und Rumänien. Man weiß, daß die Beziehungen zwischen diesen drei Staaten keineswegs freundschaftlich sind, daß vielmehr Ungarn auf der einen, Tschechien und Rumänien auf der anderen Seite in entscheidenden grundsätzlichen Fragen unversöhnliche Gegner sind, und wenn man es so heißen will, zwei verschiedenen politischen Lagern angehörend. Auch ihre Auffassungen über die österreichische Frage weichen erheblich voneinander ab. Alle drei Länder sollen sich aber in der Garantierung der österreichischen Grenze und der Verpfändung der Nichtteilnahme am gleichen Vertragstisch finden. Wenn die verdächtige vielgestaltige Unabhängigkeit Österreichs nun im Sinne des Paktes einmal bedroht scheint, müßten diese drei Staaten sich in gemeinsamer Abwechslung vereinigen. Welchen Wert kann man unter diesen Umständen den Unterdriffen unter das Nichtteilnahmepakt abstrahieren (wenn sie wirklich abgelehnt werden sollten) noch beimessen? Der gemeinsamen Verpflichtung fehlt doch in diesem Fall offensichtlich die tragende Grundlage, die allein in der gleichen Richtung der politischen Interessen, in einem gewissen Gleichklang der Bedürfnisse und Bestrebungen, wenigstens in diesem Punkte, stehen sein könnte. Ungarn hat im übrigen bereits deutlich zu verstehen gegeben, daß es zu den angedachten Abmachungen kein allzu großes Vertrauen besitzt.

Die Gegenläufe, die heute noch ebenso wie in der ganzen Zeit nach dem Kriegsende die Lage des Südschiffens beladen, werden durch einen solchen Pakt nur dann überbrückt, aber nicht beseitigt. Am Gegenstand: sie können, wenn man die Träger so durchaus widerklingender politischer Willenskräfte für diesen Zweck, die Garantierung der österreichischen Unabhängigkeit, zusammenzwänge, nur um so leichter sich entzünden.

Italien und Frankreich sind, so mich man selber festhalten, in den allen angedruckten Geleisen geblieben, von denen man indes weiß oder zumindest wissen sollte, daß sie nie zum Ziele führen. Es ist die alte Methode der Kollektpolizei, mit der man schon so oft auf wirtschaftlichen und politischen Gebiet die Grenzlinie in Mittel- und Südosteuropa befestigen wollte, mit der man aber immer wieder Enttäuschungen erlebte. Man hat auch jetzt wieder zuerst eine „Inorganisations“ geschaffen, ohne sich zu vergewissern, ob denjenigen, die man unter diesem Dache zu einer Wohngemeinschaft vereinigen will, die

Noch 5 Tage bis zur Saarabstimmung!